

# Zivilgesellschaftliche Organisationen aus Europa und Indonesien fordern:

Februar 2025

- Die EU und die indonesische Regierung sollten die CEPA-Verhandlungen zwischen Indonesien und der EU stoppen, da das Abkommen eine Gefahr für die Umwelt und das Klima sowie für die Rechte von Frauen, indigenen Völkern, Arbeitnehmer\*innen, Kleinbäuer\*innen und Fischer\*innen darstellt.
- Indonesien sollte den politischen Handlungsspielraum behalten, um seine eigene Energie- und Rohstoffwertschöpfungskette zu entwickeln, einschließlich der Verarbeitungs- und Raffineriekapazitäten. Die Energie- und Rohstoffkapitel im CEPA würden Indonesiens Fähigkeit einschränken, seinen Binnenmarkt durch (vorübergehende) Zölle und Quoten zu schützen und eigene Produktionskapazitäten aufzubauen.
- Eine gerechte Energiewende kann nicht durch die Privatisierung öffentlicher Güter, in diesem Fall Energie, erreicht werden. Die öffentliche Kontrolle durch den Staat im Bereich der erneuerbaren Energien sollte gestärkt und nicht geschwächt werden.
- Die EU und Indonesien sollten keinem Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen (ISDS) zustimmen, so wie sie in den EU-Abkommen mit Mexiko und Chile enthalten sind. Investitionsschutz, einschließlich des Investitionsgerichtssystems (ICS), untergräbt potenziell die Möglichkeiten des Staates, öffentliche Forderungen nach einer sozial gerechten Klimapolitik umzusetzen.
- Das CEPA zwischen Indonesien und der EU sollte keine Elemente des indonesischen "Omnibus-Gesetzes zur Schaffung von Arbeitsplätzen"<sup>[1]</sup> enthalten, da dies die Menschenrechte und den Arbeitsschutz in Indonesien verschlechtert. Sowohl die EU als auch Indonesien müssen sich an die international vereinbarten ILO-Normen und -Übereinkommen halten.
- Im Rahmen der handelspolitischen Zusammenarbeit muss sichergestellt werden, dass die gehandelten Rohstoffe unter Einhaltung der höchsten Umwelt- und Sozialstandards produziert wurden. Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen müssen für jedes Bergbau- oder Energieerzeugungsprojekt verpflichtend sein. Die Rechte von Gemeinschaften, die vom Abbau kritischer Rohstoffe betroffen sind, müssen gestärkt werden, und diese Rechte müssen von Anfang an bei der Planung und Durchführung von Projekten berücksichtigt werden. Die freie, vorherige und auf Kenntnis der Sachlage gegründete Zustimmung (FPIC) der indigenen Gemeinschaften muss sichergestellt und ihre Entscheidungen müssen respektiert werden.
- Die EU sollte ihren eigenen ökologischen Fußabdruck verringern, um innerhalb der planetaren Grenzen zu bleiben und die Abhängigkeit von Ressourcen aus anderen Ländern wie Indonesien zu reduzieren. Die EU sollte sich dazu verpflichten, den Verbrauch kritischer Rohstoffe zu reduzieren, indem sie sich Ziele setzt, um den Verbrauch durch Suffizienzmaßnahmen, Materialeffizienz, verantwortungsvolles Design und nachhaltigere Technologien zu verringern.

# Umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EU- Indonesien (CEPA)

Indonesien und die Europäische Union verhandeln seit 2016 über ein umfassendes Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (CEPA) zwischen der EU und Indonesien. In den Verhandlungen gibt es noch strittige Fragen, und eine der wichtigsten betrifft die Rohstoffe im Energie- und Rohstoffkapitel. Dieses Kapitel regelt insbesondere die Öffnung des Marktzugangs und der Investitionen im Energie- und Rohstoffsektor, um sicherzustellen, dass es keine Hindernisse für den Handel und die Investitionen der EU gibt.

Die Liberalisierung der Investitionen und des Handels mit Energie und Rohstoffen im Rahmen des CEPA zwischen Indonesien und der EU hätte jedoch negative Auswirkungen auf die nationalen Interessen Indonesiens, die Umwelt und die indonesische Bevölkerung. Obwohl wir die Bedeutung einer vertieften Beziehung zwischen der EU und Indonesien auf der Grundlage von Solidarität und handelspolitischer Zusammenarbeit für sinnvoll und notwendig halten, möchten europäische und indonesische zivilgesellschaftliche Gruppen ihre Besorgnis über die Auswirkungen des CEPA zum Ausdruck bringen, insbesondere in Bezug auf die Menschenrechte und die Umwelt sowie die Fähigkeit Indonesiens, seine Rohstoffe zu verwerten.

## Unverantwortliche Bergbaupraktiken und ihre sozialen und ökologischen Folgen

Die steigende Nachfrage nach seltenen mineralischen Rohstoffen für die grüne Energiewende hat zu einer übermäßigen Ausbeutung und Gewinnung natürlicher Ressourcen geführt, wie es in Indonesien der Fall ist.

Einigen Schätzungen zufolge liefert Indonesien mehr als ein Viertel der weltweiten mineralischen Rohstoffe.<sup>[2]</sup> Indonesien ist der größte Nickelproduzent der Welt. Das Land fördert auch bedeutende Mengen an Kohle, Kupfer, Kobalt, Zinn, Gold und Bauxit. In den so genannten "Nickelprovinzen" Sulawesi und Nord-Maluku zeigen sich die Schäden durch den Bergbau in unterschiedlichen Formen. Zivilgesellschaftliche Organisationen berichten von Verschmutzung der Meere und Flüsse, von einst unberührten und nun verseuchten Gewässern, reduzierten Fischbeständen, Hautinfektionen bei Kindern und die Bedrohung der Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung und der indigenen Gemeinschaften.<sup>[3]</sup> Der Nickelabbau in Raja Ampat bedroht das artenreichste Korallenriffsystem der Welt<sup>[4]</sup> und könnte den bewaffneten Konflikt in West-Papua weiter verschärfen, durch den derzeit fast 80.000 Menschen vertrieben werden.<sup>[5]</sup> Der Bergbau treibt auch die Abholzung<sup>[6]</sup> und die gewaltsame Vertreibung der lokalen Bevölkerung voran.<sup>[7]</sup> Frauen sind gezwungen, sich der Situation "anzupassen", indem sie als Bergbauarbeiterinnen unter schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten, informelle Tätigkeiten wie Lebensmittelverkäuferinnen oder Sexarbeiterinnen annehmen. Die Gewinnung wichtiger Rohstoffe erfolgt auf Kosten der Arbeitnehmer\*innen und Gewerkschaften.<sup>[8]</sup>

Die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Abbaus von mineralischen Rohstoffen für die grüne Energiewende werden im Energie- und Rohstoffkapitel des CEPA zwischen Indonesien

und der EU nicht wirksam behandelt, da es keine rechtlichen Konsequenzen für Parteien gibt, die diese Auswirkungen nicht abmildern. Die Bestimmungen des Kapitels Handel und nachhaltige Entwicklung sind in ihrer Wirksamkeit immer noch fragwürdig, da es keinen verbindlichen Durchsetzungsmechanismus für Betroffene und Sanktionen für Unternehmen, gibt. Dies birgt die Gefahr, dass Indonesiens Souveränität bei der Verwaltung seiner natürlichen Ressourcen und der inländischen Wertschöpfung untergraben wird, und befördert eine neue Phase des Extraktivismus.

## Mangelnde Wertschöpfung und Untergrabung der industriellen Entwicklung Indonesiens

Das Energie- und Rohstoffkapitel regelt speziell die Öffnung des Marktzugangs und Investitionen im Energie- und Rohstoffsektor und soll sicherstellen, dass es keine Hindernisse für den Handel und die Investitionen der EU in diesen Sektoren gibt. Dieses Kapitel soll sicherstellen, dass Indonesien den Marktzugang öffnet und die "diskriminierende" Behandlung im Energie- und Rohstoffsektor beseitigt. Dazu gehören Bestimmungen, die Ausfuhrbeschränkungen verbieten, einschließlich der grundsätzlichen Abschaffung aller Ausfuhrzölle oder Maßnahmen mit gleicher Wirkung. Diese Bestimmung steht jedoch im Widerspruch zu Indonesiens Politik, die Ausfuhren von unverarbeiteten Rohstoffen zu beschränken, um die inländische Verarbeitung zu gewährleisten.

Der Druck der EU auf Indonesien, die Beschränkungen für die Ausfuhr von unverarbeiteten Rohstoffen aufzuheben, stellt die eigentliche Verpflichtung der EU in Frage, die inländische Wertschöpfung in ihren Partnerländern zu unterstützen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bestimmung über die Leistungsanforderungen auch Vorgaben zur lokalen Wertschöpfung und den dringend benötigten Technologietransfer untersagt. Dieses Verbot wird es für Indonesien noch schwieriger machen, seine nachgelagerte Wirtschaftsagenda im Hinblick auf die inländische Wertschöpfungsproduktion zu stärken. In der Tat wird die Priorisierung der Industriepolitik innerhalb der EU, wenn sie nach dem "business as usual"-Prinzip durchgeführt wird, die Entwicklungsungleichheit in Ländern des Globalen Südens wie Indonesien nur noch vertiefen. In diesem Fall wird das Bestreben der EU, die eigene Versorgung mit wichtigen Rohstoffen für ihre industrielle Entwicklung zu gewährleisten, nur dazu führen, dass die üblichen Geschäftspraktiken im Bereich der Rohstoffgewinnung beibehalten werden.

Das Kapitel Energie und Rohstoffe fördert auch die Privatisierung, indem es staatliche Eingriffe in die Preisgestaltung für Energieerzeugnisse verbietet. Diese Bestimmungen werden nur ausländischen privaten Akteuren zugute kommen, die in Indonesien als unabhängige Stromerzeuger auftreten, und dazu führen, dass die indonesische Regierung keine andere Wahl hat, als den Strom zu dem von dem Unternehmen geforderten Preis zu kaufen. Letztendlich wird diese Vereinbarung die Belastung der Staatsfinanzen erhöhen und den Zugang der Bevölkerung zu erschwinglichem Strom untergraben sowie die Verwirklichung einer gerechten Energiewende behindern.

# Unternehmensschutz für die Versorgung mit kritischen Rohstoffen in Indonesien

Die Ausweitung des Rohstoffabbaus durch die EU und die Privatisierung des öffentlichen Energiesektors in Indonesien werden den Schutz multinationaler Konzerne weiter nur verstärken. Dies wird durch das Investitionskapitel des CEPA zwischen Indonesien und der EU deutlich, welches ein Investitionsgerichtssystem (ICS) enthält. Der EU-Vorschlag für das ICS ist lediglich eine Umbenennung des bereits bestehenden ISDS-Mechanismus, der multinationalen Konzernen Sonderrechte einräumt, um Staaten zu verklagen. In Anbetracht des globalen Trends des Wettbewerbs um die Sicherung wichtiger Rohstoffe und der fortschreitenden Verstaatlichung von Ressourcen im Rahmen des indonesischen Bergbaugesetzes wird dies Indonesien mehr potenzielle Klagen bereiten. Bereits heute hat Indonesien mit Klagen von Investoren vor diesen privaten Schiedsgerichten zu kämpfen. Der Bergbausektor ist eine der Branchen mit den meisten ISDS-Klagen. Daher sind wir der Ansicht, dass die Aufnahme solcher Bestimmungen in das CEPA zwischen Indonesien und der EU Auswirkungen auf den Schutz der Rechte der indonesischen Bevölkerung gegenüber Unternehmen haben wird. Die EU hat vor kurzem beschlossen, aus dem Vertrag über die Energiecharta auszusteigen, nach einer Reihe von ISDS-Klagen, und setzt sich dennoch in ihren Handelsverhandlungen für Bestimmungen über ICS ein. Dieser Widerspruch zeigt den inkohärenten Ansatz der EU, wenn es um das ISDS-System geht.

## Folgen für die EU

Abgesehen von den möglichen negativen Folgen für Indonesien hat die EU-Politik der Marktliberalisierung auch den Zugang der EU zu wichtigen Rohstoffen beeinträchtigt. Während die EU mit Indonesien über Handelsregeln streitet, hat China zig Milliarden in den Nickelabbau und die Nickelraffination in Indonesien investiert. Infolgedessen haben sich die chinesischen Produzenten ein riesiges Angebot an Nickel für ihre Energiewende gesichert. Gegenwärtig wird erwartet, dass 80-82 Prozent der indonesischen Nickelproduktion für Batterien in diesem Jahr von mehrheitlich chinesischen Herstellern produziert werden.<sup>[9]</sup>

Die EU sollte daher eine wirklich gleichberechtigte Partnerschaft mit Indonesien anstreben, die Indonesien nicht dazu zwingt, seine Rohstoffexporte zu liberalisieren oder seine Preissetzungshoheit aufzugeben, sondern stattdessen die Bereitschaft der EU zeigt, die indonesische Wertschöpfung und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Die EU kann eine Alternative zur umweltzerstörenden und gefährlichen Nickelverarbeitung, wie sie derzeit in den von China finanzierten Produktionsstätten in Indonesien üblich sind, indem sie in sauberere und verantwortungsvollere Verarbeitungskapazitäten investiert und diese unterstützt und einen fairen Preis für die Ressourcen zahlt. Dies würde den Standard für faire, gleiche und nachhaltige Handelspraktiken setzen.

# Unsere Forderungen

## Zivilgesellschaftliche Organisationen aus Europa und Indonesien fordern:

- Die EU und die indonesische Regierung sollten die CEPA-Verhandlungen zwischen Indonesien und der EU stoppen, da das Abkommen eine Gefahr für die Umwelt und das Klima sowie für die Rechte von Frauen, indigenen Völkern, Arbeitnehmer\*innen, Kleinbäuer\*innen und Fischer\*innen darstellt.
- Indonesien sollte den politischen Handlungsspielraum behalten, um seine eigene Energie- und Rohstoffwertschöpfungskette zu entwickeln, einschließlich der Verarbeitungs- und Raffineriekapazitäten. Die Energie- und Rohstoffkapitel im CEPA würden Indonesiens Fähigkeit einschränken, seinen Binnenmarkt durch (vorübergehende) Zölle und Quoten zu schützen und eigene Produktionskapazitäten aufzubauen.
- Eine gerechte Energiewende kann nicht durch die Privatisierung öffentlicher Güter, in diesem Fall Energie, erreicht werden. Die öffentliche Kontrolle durch den Staat im Bereich der erneuerbaren Energien sollte gestärkt und nicht geschwächt werden.
- Die EU und Indonesien sollten keinen Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen (ISDS) zustimmen, so wie sie in den EU-Abkommen mit Mexiko und Chile enthalten sind. Investitionsschutz, einschließlich des Investitionsgerichtssystems (ICS), untergräbt potenziell die Möglichkeiten des Staates, öffentliche Forderungen nach einer sozial gerechten Klimapolitik umzusetzen.
- Das CEPA zwischen Indonesien und der EU sollte keine Elemente des indonesischen "Omnibus-Gesetzes zur Schaffung von Arbeitsplätzen"<sup>[10]</sup> enthalten, da dies die Menschenrechte und den Arbeitsschutz in Indonesien verschlechtert. Sowohl die EU als auch Indonesien müssen sich an die international vereinbarten ILO-Normen und -Übereinkommen halten.
- Im Rahmen der handelspolitischen Zusammenarbeit muss sichergestellt werden, dass die gehandelten Rohstoffe unter Einhaltung der höchsten Umwelt- und Sorgfaltsstandards produziert wurden. Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen müssen für jedes Bergbau- oder Energieerzeugungsprojekt obligatorisch sein. Die Rechte von Gemeinschaften, die vom Abbau kritischer Rohstoffe betroffen sind, müssen gestärkt werden, und diese Rechte müssen von Anfang an bei der Planung und Durchführung von Projekten berücksichtigt werden. Die freie, vorherige und auf Kenntnis der Sachlage gegründete Zustimmung (FPIC) der indigenen Gemeinschaften muss sichergestellt und ihre Entscheidungen müssen respektiert werden.
- Die EU sollte ihren eigenen materiellen Fußabdruck verringern, um innerhalb der planetaren Grenzen zu bleiben und die Abhängigkeit von Ressourcen aus anderen Ländern wie Indonesien zu reduzieren. Die EU sollte sich dazu verpflichten, den Verbrauch kritischer Rohstoffe zu reduzieren, indem sie sich Ziele setzt, um den Verbrauch durch Suffizienzmaßnahmen, Materialeffizienz, verantwortungsvolles Design und nachhaltigere Technologien zu verringern.

# Unterzeichner

## Globale und regionale Organisationen

1. Klima-Aktions-Netzwerk Europa (CAN Europe)
2. Klima-Aktions-Netzwerk Südostasien (CANSEA)
3. EU-Rohstoffkoalition
4. Europäische Koordinierung Via Campesina
5. Europäische Koalition für Handelsgerechtigkeit
6. Farn
7. Freunde der Erde Europa
8. KORN
9. Die lateinamerikanische und karibische Plattform ist besser als TLC
10. Veröffentlichen, was Sie bezahlen
11. Regionen Neuausrichtung
12. SIRGE-Koalition
13. Transnationales Institut

## Nationale Organisationen

14. Asamblea Argentina mejor sin TLC, Argentina
15. ATTAC Argentina, Argentina
16. Anders Handeln, Austria
17. Attac Austria, Austria
18. National Garment Workers Federation, Bangladesh
19. 11.11.11, Belgium
20. CNCD 11.11.11, Belgium
21. Global Aktion, Denmark
22. Miljøbevægelsen NOAH- Friends of the Earth Denmark, Denmark
23. ActionAid France, France
24. Aitec, France
25. Alofa Tuvalu, France
26. Alternatiba, France
27. Amis de la Terre / Friends of the Earth, France
28. ANV-COP21, France
29. Attac France, France
30. CADTM France, France
31. Canopée, France
32. CCFD-Terre Solidaire, France
33. CGT (Confédération Générale du Travail), France
34. Collectif national Stop CETA/Mercosur, France
35. Confédération paysanne, France
36. CRID, France
37. Extinction Rebellion France, France
38. Fédération Artisans du Monde, France
39. Fondation Copernic, France
40. France Nature Environnement, France
41. FSU (Fédération Syndicale Unitaire), France
42. Générations Futures, France
43. Notre Affaire à Tous, France

44. Reclaim Finance, France
45. Union Syndicale Solidaires, France
46. Veblen Institute for Economic Reforms, France
47. Nature & Progrès Fédération, France & Belgium
48. Attac Germany, Germany
49. Berliner Wassertisch, Germany
50. Brot für die Welt, Germany
51. FIAN Deutschland, Germany
52. German NGO Forum on Environment & Development, Germany
53. Human Rights Monitor, Germany
54. Misereor, Germany
55. NaturFreunde Deutschlands, Germany
56. Netzwerk gerechter Welthandel, Germany
57. PowerShift e.V., Germany
58. Rettet den Regenwald, Germany
59. Slow Food Deutschland, Germany
60. Stiftung Asienhaus, Germany
61. Umweltinstitut München e.V., Germany
62. Urgewald, Germany
63. Watch Indonesia! Für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt in Indonesien und Osttimor e.V., Germany
64. WEED - World Economy, Ecology, & Development, Germany
65. Aceh Wetland Foundation, Indonesia
66. AEER (Aksi Ekologi & Emansipasi Rakyat), Indonesia
67. BAKUMSU, Indonesia
68. Bina Desa, Indonesia
69. Borneo Institute, Indonesia
70. CEMWU KSPSI, Indonesia
71. Farkes Reformaasi, Indonesia
72. FIAN Indonesia, Indonesia
73. Forum penjaga hutan dan sungai harimau pining, Indonesia
74. FSPI (Federasi Serikat Pekerja Indonesia), Indonesia
75. Indonesia AIDS Coalition, Indonesia
76. Indonesia for Global Justice (IGJ), Indonesia
77. Indonesia Green Party (Partai Hijau Indonesia), Indonesia
78. JAMTANI (Indonesian Peasant Community Organization), Indonesia
79. Jaringan Advokasi Tambang Sulawesi Tengah ( JATAM SULTENG, Indonesia
80. Jaringan Kerja Lembaga Pelayanan Kristen di Indonesia (JKLPK), Indonesia
81. Koalisi perempuan jaga lingkungan, Indonesia
82. Kolektif Semai, Indonesia
83. Lembaga Pengkajian Hukum Internasional, Indonesia
84. MATEPE Foundation, Indonesia
85. Pemerhati Lingkungan hidup Urai Uni, Indonesia
86. Pengurus Wilayah Aliansi Masyarakat Adat Nusantara (AMAN) Tano Batak, Indonesia
87. Persatuan Pegawai PT PLN Indonesia Power, Indonesia
88. Persaudaraan Pekerja Muslim Indonesia '98, Indonesia
89. Petrasa Foundation, Indonesia
90. Puanifesto, Indonesia
91. Publish What You Pay (PWYP) Indonesia, Indonesia
92. Sahita Institute, Indonesia
93. Satya Bumi, Indonesia
94. Save Our Borneo, Indonesia

95. SERBUK Indonesia, Indonesia
96. Serikat Petani Indonesia, Indonesia
97. Solidaritas Perempuan, Indonesia
98. Wahana Lingkungan Hidup Indonesia (WALHI), Indonesia
99. WALHI Bengkulu, Indonesia
100. WALHI NTT, Indonesia
101. WALHI Papua, Indonesia
102. WALHI Sumatera Utara, Indonesia
103. Yayasan Ambeua Helewo Ruru, Indonesia
104. Yayasan Apel Green Aceh, Indonesia
105. Yayasan Bina Insani Indonesia Kendari / Foundation For Human Development, Indonesia
106. Yayasan Motivator Pembangunan Masyarakat (MPM), Indonesia
107. Yayasan Pusaka Bentala Rakyat, Indonesia
108. YIHUI (Yayasan Insan Hutan Indonesia), Indonesia
109. Observatorio Fairwatch, Italy
110. Mouvement Ecologique asbl / FoE Luxembourg, Luxembourg
111. Both ENDS, Netherlands
112. FNV, Netherlands
113. Handel Anders! coalitie, Netherlands
114. Platform Aarde Boer Consument, Netherlands
115. SOMO, Netherlands
116. Working group Food Justice, Netherlands
117. Trade Justice Pilipinas, Philippines
118. TROCA - Plataforma por um Comércio Internacional Justo, Portugal
119. Earth Thrive, Serbia
120. Observatori del Deute en la Globalització, Spain
121. Ongd AFRICANDO, Spain
122. SETEM Catalunya, Spain
123. Southern and Eastern Africa Trade Information and Negotiation Institute (SEATINI), Uganda

---

[1] [Explainer: What's at stake with Indonesia's controversial jobs creation law? | Reuters](#)

[2] US Dept of Commerce, [Indonesia - Mining](#)

[3] [Indonesia: Nickel mining operations in Kabaena island in Sulawesi adversely affect Bajau's health & livelihood - Business & Human Rights Resource Centre](#)

[4] [Delapan Perusahaan Tambang Kantongi Izin, Raja Ampat Terancam Tinggal Nama](#)

[5] [IDP Update September 2024: New Research on IDPs in West Papua underlines urgent need for Government action -](#)

[6] [Nickel miners linked to devastation of Indonesian forests](#)

[7] [Indonesian nickel project harms environment and human rights, report says](#)

[8] ['Production first, safety later': inside the world's largest nickel site](#)

[9] <https://www.ft.com/content/0f8e2fe8-c7cb-4d6a-9436-1cb1806af4e0>

[10] <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/whats-stake-with-indonesias-controversial-jobs-creation-law-2022-06-09/>